

# Neue Ufer

## Europäische Marinemission am Persischen Golf beschlossen

von Jürgen Wagner

Im Windschatten der Libyen-Konferenz und der Debatte um einen möglichen dortigen Militäreinsatz ging die am 20. Januar beschlossene und seit 30. Januar 2020 operierende Marinemission diverser europäischer Staaten am Persischen Golf ein wenig unter. Nach monatelangen Zuspitzungen gipfelten die westlichen Konflikte mit dem Iran im Sommer 2019 vorläufig mit der unter reichlich zweifelhaften Umständen erfolgten Festsetzung des iranischen Tankers „Grace 1“ durch Gibraltar (im britischen, also de facto im US-amerikanischen Auftrag). Nachdem Teheran daraufhin das unter britischer Flagge fahrende Schiff „Stena Impero“ beschlagnahmte, setzten umgehend die Rufe nach der Entsendung von Kriegsschiffen an den Persischen Golf ein, um die „Freiheit der Schifffahrt“ zu gewährleisten – sprich: die wichtigen Tankerrouten zu kontrollieren. Ursprünglich war ein gemeinsamer Einsatz ins Auge gefasst worden, aber viele EU-Verbündete zögerten aufgrund der allzu waghalsigen US-Iran-Politik dann doch mit ins US-Boot zu springen. Deshalb verkündete US-Verteidigungsminister Mark Esper Ende August 2019, man habe mit dem US-geführten Einsatz „Operation Sentinel“ unter Beteiligung von Kriegsschiffen aus Großbritannien, Australien und Bahrain begonnen.

Derweil wurde in Europa weiter eine Debatte über Sinn oder Unsinn einer Entsendung von Kriegsschiffen geführt, die mit der Ankündigung einer „Europäischen Marine-Überwachungsmission in der Meerenge von Hormus“ („European Maritime Awareness in the Strait of Hormuz“, EMASOH) augenscheinlich ein vorläufiges Ende gefunden hat. Angesichts der Zuspitzung der Lage sei dies erforderlich geworden, so die Erklärung acht europäischer Staaten. Im Fall Deutschlands und dreier weiterer Staaten bleibt es – vorerst zumindest – bei einer rein verbalen Unterstützung. Doch angesichts der Tatsache, dass von interessierten Kreisen seit Monaten Druck auf eine deutsche Marinepräsenz in der Region ausgeübt wird, besteht die Gefahr, dass das nicht so bleiben könnte. Denn auch wenn die euro-

päischen Staaten erklären, mit dieser Präsenz „deeskalierend“ wirken zu wollen, liegt die Vermutung doch weitaus näher, dass das eigentliche Interesse primär darin besteht, in der geostrategisch bedeutsamen Region machtpolitisch-militärisch Flagge zu zeigen.

### **Marineinsatz: Politische und operative Unterstützung**

Nachdem die USA und der Iran in den letzten Wochen kurz vor einem Krieg standen und die diesbezügliche Gefahr keineswegs gebannt ist, sehen eine Reihe europäischer Staaten Handlungsbedarf. In der am Montag auf der Seite des französischen Außenministeriums veröffentlichten Erklärung der acht europäischen Befürworter eines Marineeinsatzes am Persischen Golf heißt es: „Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten geben Anlass zu großer Besorgnis, da sie die Spannungen und das Risiko eines möglichen groß angelegten Konflikts mit Folgen für die gesamte Region erhöhen.“ (alle Übersetzungen mit [www.DeepL.com](http://www.DeepL.com))

Wenig Mühe gibt sich die Erklärung dabei, die interessenpolitischen Hintergründe der Mission zu verschleiern: „Im Jahr 2019 wurden im Golf und in der Straße von Hormus infolge der verschärften regionalen Spannungen eine zunehmende Unsicherheit und Instabilität beobachtet, die zu zahlreichen Zwischenfällen auf See und auf anderen Verkehrswegen führte. Diese Situation beeinträchtigt seit Monaten die Freiheit der Schifffahrt und die Sicherheit der europäischen und ausländischen Schiffe und Besatzungen. Sie gefährdet auch den Handel und die Energieversorgung, was wahrscheinlich wirtschaftliche Folgen in der ganzen Welt haben wird.“

Bei der EMASOH-Mission handelt es sich um keinen offiziellen Einsatz der Europäischen Union, sondern um eine Koalition der Willigen, die allerdings vom EU-Außenbeauftragten Joseph Borell umgehend mit warmen Worten begrüßt wurde. Das Hauptquartier

soll in den Vereinigten Arabischen Emiraten liegen, die sich hierfür laut der EMASOH-Ankündigung bereits angeboten haben sollen. Veröffentlicht wurde die Ankündigung im Namen folgender Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande und Portugal. Ziel des Einsatzes sei es, ein „sicheres Umfeld für den Seeverkehr zu gewährleisten und die derzeitigen regionalen Spannungen abzubauen.“

Wie bereits angedeutet, beschränkt sich die Unterstützung von vier der acht Staaten zunächst einmal auf die Unterzeichnung der besagten Erklärung. Neben Deutschland sind das Belgien, Italien und Portugal. Auf dem gewöhnlich gut informierten Internetportal Buxelles2 finden sich eine Reihe darüber hinausreichender Informationen, insbesondere zum konkreten Beitrag der anderen Staaten: „Die Mission hat kein Exekutivmandat (ein Truppenmandat der Vereinten Nationen), daher der bevorzugte Begriff ‚Mission‘ statt ‚Operation‘. Sie könnte nach unseren Informationen bis Mitte Februar beginnen. [...] Konkret werden neben Frankreich drei Länder (Dänemark, die Niederlande und Griechenland) einen Beitrag leisten: zwei Fregatten werden zur Verfügung stehen, Französisch und Niederländisch in der ersten Rotation, Französisch und Dänisch in der zweiten Rotation (nach unseren Informationen).“

Zu den weiteren Planungen schreibt die „Europäische Sicherheit und Technik“: „Grundlage für die zügige Umsetzung ist die Präsenz der französischen Fregatte ‚Courbet‘. Sie verließ ihren Heimathafen Toulon bereits zum Jahreswechsel und löste die Fregatte ‚Jean Bart‘ bei der routinemäßigen Patrouille im Seegebiet Persischer Golf – Indischer Ozean ab. Auch leistet sie einen französischen Beitrag innerhalb der TF 150. Die holländische Fregatte HNLMS ‚De Ruyter‘ verließ am 28. Januar Den Helder, um sich (voraussichtlich ab Mitte Februar) der ‚Courbet‘ anzuschließen. Es ist vorgesehen, dass ‚De Ruyter‘ im September 2020 von einer dänischen Fregatte abgelöst wird.“

### Militärischer Fuß in der Tür

Angesichts der fragwürdigen „deeskalierenden“ Wirkung einer europäischen Militärpräsenz dürfte es plausibler sein, dass es darum geht, hier einen militärischen Fuß in die Tür zu bekommen, um die Geschicke ein wenig mehr im eigenen Sinne beeinflussen zu können. So tat der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian per Twitter seine Zufriedenheit ob des jüngsten EMASOH-Beschlusses kund: „Europa hat wieder die Oberhand gewonnen. [...] Europa ist in gewisser Weise und in den verschiedenen Krisen in der Welt zurück [...], Europa weiß jetzt, wie es seiner Stimme Gehör

verschaffen und zeigen kann, dass es die Mittel zum Handeln hat.“

Die „Europäische Sicherheit und Technik“ sieht vor allem zwei Motive hinter der schnellen Anbahnung des Einsatzes: „Die schnelle Bekanntgabe der Einsatzbereitschaft von EMASOH ist sehr politisch. Einerseits möchte die französische Regierung demonstrieren, wie wichtig ihr jetzt eine Rolle in der europäischen Verteidigung ist. Insofern sieht man die Operation als Zeichen für die neuen Aufgaben, die der EU dadurch erwachsen, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr uneingeschränkt und überall für die Sicherheit der europäischen Partner eintreten wollen sowie Zweifel für die Aufrechterhaltung einer freien Handelsordnung aufkommen lassen. Andererseits erfolgte das Datum der Bekanntgabe, am Vortag des Brexit-Termins, wohl nicht von ungefähr. Signalisiert man doch, dass die Europäer in gewisser Weise auf die Briten verzichten <wollen oder können>.“

Schon jetzt scheinen jedenfalls auch einige weitere europäische Länder darüber nachzudenken, sich ebenfalls mit „handfesten“ Mitteln einzubringen. Bei Buxelles2 heißt es dazu: „Andere Länder könnten sich der Operation anschließen, sowohl auf operativer als auch auf politischer Ebene. ‚Neue Verpflichtungen [werden] in den kommenden Tagen erwartet‘, hieß es in der Erklärung. Der Prozess reift nach Angaben von Diplomaten in mehreren Ländern, die nicht namentlich genannt werden können. Es gibt Prozesse der parlamentarischen Konsultation oder Koalitionsvereinbarung, die gelöst werden müssen. [...] Nach unseren Informationen könnte Italien [...] einen operativen Beitrag leisten. Dasselbe gilt für Belgien.“



Ein US-amerikanischer Flugzeugträger durchquert die Straße von Hormus. Quelle: flickr/US Navy.

## Deutschland: Doch dabei?

Deutschland wurde hier zwar erst einmal nicht genannt - nachdem es allerdings bereits im Sommer 2019 eine intensive Debatte über den Sinn bzw. Unsinn einer Entsendung der Bundesmarine an den Persischen Golf gab, war relativ klar, dass das nicht unbedingt von Dauer sein musste (siehe Ausdruck Nr.98/2019).

Nachdem Deutschland zwar die EMASOH-Erklärung unterzeichnet, aber keine Kriegsschiffe zugesagt hatte, wurde die Debatte bei der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2020 erneut hochgezogen. Den Auftakt machte kurz vor Konferenzbeginn BDI-Chef Dieter Kempf, wozu es im Handelsblatt hieß: „Die Industrie will sich stärker in verteidigungspolitische Debatten einmischen. ‚Ohne Sicherheit gibt es keine florierende deutsche Wirtschaft‘, sagt Dieter Kempf, Präsident des Industrieverbands BDI. [...] Gerade eine auch militärische Absicherung von Handelswegen ist aus Industriesicht unabdingbar. Denn hierzulande hängen laut Statistischem Bundesamt 11,4 Millionen Arbeitsplätze – und damit ein Viertel der Beschäftigung – vom Export ab. In der Industrie sind sogar 61 Prozent, also zwei von drei Arbeitsplätzen, vom Außenhandel abhängig. Gleichzeitig haben deutsche Firmen 1,2 Billionen Euro im Ausland investiert. [...] Konkret kritisiert BDI-Präsident Kempf dabei, dass Deutschland Ende vergangenen Jahres auf der Bremse stand, als es darum ging, gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich die Durchfahrt

für Handelsschiffe in der Straße von Hormus gegen iranische Angriffe zu sichern. Auch der Bitte Frankreichs um ein stärkeres militärisches Engagement in Mali kam Deutschland bisher nicht nach.“

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz selbst brachte dann auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Rede mit Blick auf die EMASOH sowohl eine Europäisierung als auch eine deutsche Beteiligung ins Spiel: „Gemeinsames Handeln wünsche ich mir auch mit Blick auf die Straße von Hormuz. [...] Ich bin deshalb dafür, erstmals die Mittel des EU-Vertrages wirklich auszuschöpfen und auf einem EU-Gipfel einzelne Mitgliedstaaten zu beauftragen, eine gemeinsame Mission durchzuführen.“

Die Steilvorlage wurde dann vom EU-Außenbeauftragten Joseph Borell anschließend ebenfalls bei der Sicherheitskonferenz bereitwillig aufgenommen, wobei die FAZ auch genauer beschrieb, wie dies konkret vonstatten gehen könnte: „Laut Artikel 44 des EU-Vertrags ‚kann der Rat die Durchführung einer Mission einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen, die dies wünschen und über die für eine derartige Mission erforderlichen Fähigkeiten verfügen‘. Angewendet wurde die Regelung noch nie. Das soll sich ändern: Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell kündigte [...] an, einen entsprechenden Antrag zu stellen; bisher sei eine EU-Mission an mangelnder Einstimmigkeit gescheitert. Er wolle nun aber sehen, welche Mitgliedstaaten sich sperren.“

Schon als die Debatte um die Entsendung europäische Kriegsschiffe letzten Sommer Fahrt aufnahm, wurde versucht, einen solchen Schritt als „deeskalierende Maßnahme“ zu verkaufen (siehe dazu auch die Ausdruck-Ausgabe vom Oktober 2019). Typisch war etwa Grünen-Chef Robert Habeck, der in einem Interview erklärte, man wolle „in keinem Fall unter amerikanischer Führung“ agieren. Deutschland müsse „in Verantwortung gehen“, was auch beinhaltet, als „deeskalierende Maßnahme“, Kriegsschiffe zu entsenden: „Sind aber alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft, können wir uns eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission vorstellen, wenn das hilft zu deeskalieren und es eine klare Rechtsgrundlage gibt.“

Der nun beschlossene Einsatz soll zwar nicht-exekutiver Natur sein, also zur Mandatsdurchsetzung nicht auf Gewalt zurückgreifen dürfen. Dass dies allerdings so bleibt, sollte es zu einer weiteren Eskalation kommen, darf getrost bezweifelt werden. Ob mit oder ohne exekutives Mandat, die deutschen Reeder hatten jedenfalls bereits letzten Sommer unmissverständlich unterstrichen, dass sie die Entsendung zusätzlicher Kriegsschiffe keineswegs als einen Beitrag zur

Deeskalation einstufen. So sprach sich Ralf Nagel, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes Deutscher Reeder, mit der folgenden Begründung gegen einen europäischen Marineeinsatz aus: „Wir haben kein Interesse an einer Eskalation am Persischen Golf. Die Straße von Hormus ist ein Flaschenhals. Der Manövrierraum für Handels- und Kriegsschiffe in internationalen Gewässern ist äußerst begrenzt. Der Raum ist derart eng, dass er kaum Platz für Kriegsschiffe bietet. Man gerät da sehr schnell in die Hoheitsgewässer der Anrainerstaaten. Je mehr Kriegsschiffe im Persischen Golf unterwegs sind, desto stärker steigt die Gefahr einer Eskalation. Die Straße von Hormus ist eine überfüllte Meeresautobahn. Unserer Meinung nach müssen alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Wir brauchen eine Deeskalation – gerade im Interesse der Schifffahrt und unserer Seeleute. Unserer Ansicht nach gilt der Primat der Diplomatie – vor allen Überlegungen über mögliche Marine-Missionen. Am Ende müssen die Staaten am Persischen Golf selber ein Sicherheits-Management organisieren, die eine gemeinsame Absicherung der freien Passage ermöglicht.“